

Gebühren- und Entgeltordnung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

vom 06.06.2008

Das Präsidium der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg hat am 29.04.2008 gem. den §§ 37, Abs. 1 S. 3, 13 Abs. 9 NHG i.d.F. der Neubekanntmachung vom 26.02.2007 (Nds. GVBl. S. 69 – VO-RIS 22210) die folgende Gebühren- und Entgeltordnung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg beschlossen.

§ 1

Gebühren, Entgelte und Auslagen

(1) Die Universität erhebt nach Maßgabe dieser Ordnung

1. Gebühren

- a) für nicht-konsequente, berufsbegleitende sowie weiterbildende Studiengänge; hiervon ausgenommen sind Studienangebote zur Heranbildung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
- b) von Studierenden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben; die Pflicht zur Entrichtung des Verwaltungskostenbeitrags, des Beitrags für die Studierendenschaft sowie für das Studentenwerk Oldenburg bleibt hiervon unberührt,
- c) von Gasthörerinnen und Gasthörern; von der Gebührenpflicht nach § 13 Abs. 5 S. 1 NHG ausgenommen sind Gasthörerinnen und Gasthörer, die zugleich Studierende der Universität Oldenburg oder einer anderen niedersächsischen Hochschule in staatlicher Verantwortung oder Beschäftigte der Universität Oldenburg sind, im Falle einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung auch Studierende und Kursstudierende der Universität Bremen.

2. Entgelte

- a) für die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen (nicht studiengangbezogen, z. B. Seminare, Tagungen, Kongresse) und –programmen,
- b) für Angebote des allgemeinen Hochschulsports,
- c) für die Nutzung von Einrichtungen durch juristische oder natürliche Personen, die nicht

Mitglieder oder Angehörige der Universität sind,

- d) für die außerhochschulische Nutzung von Einrichtungen durch Mitglieder oder Angehörige der Universität.

3. Auslagen

für die Überlassung von – über den üblicherweise erforderlichen Umfang der Lern- und Lehrmittel hinausgehenden und im Interesse der Studierenden stehenden – besonderen Studien- und Arbeitsmitteln.

§ 2

Ermittlung, Festlegung und Erhebung

(1) Die Höhe der Gebühren, Entgelte und Auslagen wird von der durchführenden Organisationseinheit nach dem Aufwand ermittelt und vom Präsidium festgelegt. Die Festlegung der Höhe der Auslagen kann vom Präsidium auf die durchführende Organisationseinheit delegiert werden. Die Höhe der Gebühren und Entgelte ergibt sich aus der beiliegenden Anlage 1 in ihrer jeweils aktuellen Fassung. Die durchführenden Organisationseinheiten prüfen die Höhe in regelmäßigen Abständen auf ihre Angemessenheit und schlagen dem Präsidium ggf. eine Anpassung vor.

(2) Bei der Ermittlung der Höhe sind insbesondere folgende Kosten zu berücksichtigen:

1. direkte Personalkosten (Kosten des vorhandenen und zusätzlich beschäftigten Personal),
2. Sachkosten (Materialkosten und anteilige Kosten für die Inanspruchnahme von Einrichtungen und Geräten),
3. Abgaben nach dem Budgetierungsmodell.

Beteiligen sich Dritte auf der Grundlage einer Vereinbarung an den Kosten, verringern sich die zu ermittelnden Kosten entsprechend.

(3) Von den Gebühren und Entgelten für Angebote nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 a) und Nr. 2 a) können Abschläge vorgenommen werden

1. bei einem staatlichen oder hochschulpolitischen Interesse oder
2. bei Markteinführung.

(4) Abweichend von Abs. 1 und 2 wird von Studierenden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, eine Studiengebühr in Höhe von 800,- EURO je Semester erhoben.

(5) Für Angebote des allgemeinen Hochschulsports können von Studierenden, sonstigen Mitgliedern und Angehörigen der Universität und von Personen, die nicht Mitglieder oder Angehörige der Universität sind, unterschiedliche Entgelte erhoben werden.

(6) Von den Entgelten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 c) können bei hochschulnahen Personen oder Einrichtungen Abschläge bis zu 30 %, von den Entgelten nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 d) bis zu 50 % vorgenommen werden¹, wenn die jeweilige Nutzung auch im Interesse der Universität liegt.

(7) Die Erhebung der Gebühren, Entgelte und Auslagen erfolgt durch die durchführende Organisationseinheit. Die Annahme und Ablieferung der vereinnahmten Beträge regelt das Finanzdezernat durch eine Richtlinie.

(8) Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Die Erhebung von Entgelten und Auslagen erfolgt durch Rechnungsstellung vor Veranstaltungsbeginn² oder gegen Vorkasse.

§ 3 Fälligkeit

(1) Gebühren und Entgelte für Angebote nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 a), 1 b)³ und Nr. 2 a) werden erstmals bei der Einschreibung und dann jeweils mit Ablauf der durch die von der Universität festgelegten Rückmeldefrist fällig.

(2) Gebühren von Gasthörerinnen und Gasthörern nach § 1 Abs. 1 Nr. c) werden jeweils mit der Anmeldung fällig.

(3) Sonstige Entgelte werden mit Rechnungsstellung fällig, sofern der Betrag nicht bar erhoben wird.

§ 4 Exmatrikulation und Ausschluss von der Teilnahme

(1) In den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 1 a) und b) wird, wer trotz Mahnung unter Fristsetzung und Androhung der Exmatrikulation die fälligen Gebühren nicht zahlt, von Amts wegen mit Fristablauf zum Ende des Semesters exmatrikuliert. Die Pflicht zur Entrichtung der Gebühr wird durch die Exmatrikula-

¹ Das führt zu einer Abstufung zwischen Externen, die immer den vollen Satz zu zahlen haben und Mitgliedern und Angehörigen. So können z. B. bei Studentenparties, die zwar einen Bezug zur Hochschule haben, aber keine hochschulischen Zwecke verfolgen, ermäßigte Entgelte erhoben werden. Eine Berechnung nach Aufwand ist für den Bereich der Nutzungsentgelte gesetzlich nicht vorgesehen.

² § 14 Abs. 1 S.2 NHG.

³ § 14 Abs. 1 NHG enthält für diesen Fall keine Fälligkeitsregel, die Gleichstellung mit anderen Studierenden ist aber sachgerecht.

tion nicht berührt. Beantragt der oder die Studierende die Exmatrikulation vor oder innerhalb eines Monats nach dem Vorlesungsbeginn, werden bereits gezahlte Gebühren erstattet⁴.

(2) Werden sonstige Gebühren oder Entgelte trotz Fälligkeit und Mahnung nicht entrichtet, soll die betreffende Person von der Teilnahme an einer Veranstaltung oder der Nutzung einer Einrichtung bis zur Entrichtung der Gebühren oder Entgelte ausgeschlossen werden. Der Anspruch auf die Entrichtung der Gebühren oder Entgelte wird hierdurch nicht berührt.

§ 7 Erlass, Stundung

(1) Die Universität kann Gebühren und Entgelte nach dieser Ordnung auf Antrag im Einzelfall ganz oder teilweise erlassen, wenn die Entrichtung zu einer unbilligen Härte führen würde. Die Entscheidung hierfür trifft die oder der Beauftragte für den Haushalt. Die „Richtlinien für die Bearbeitung der Härtefallanträge auf Erlass der Studienbeiträge und Gebühren gemäß § 14 Abs. 2 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG)“ des Präsidiums⁵ gelten entsprechend.

(2) Die Universität kann Gebühren und Entgelte nach dieser Ordnung auf Antrag im Einzelfall ganz oder teilweise stunden, wenn die sofortige Entrichtung mit erheblichen Härten verbunden wäre und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird. Die Stundung soll gegen angemessene Verzinsung und in der Regel nur gegen Sicherheitsleistungen gewährt werden⁶. Die Entscheidung hierfür trifft die oder der Beauftragte für den Haushalt.

§ 8 Schlussbestimmungen

Diese Ordnung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in den Amtlichen Mitteilungen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg in Kraft. Gleichzeitig treten die Gebühren- und Entgeltordnung vom 01.04.2005 (Amtliche Mitteilungen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 2/2005, S. 37 ff.) sowie sämtliche früheren Gebühren- und Entgeltordnungen außer Kraft, die sich auf die in dieser Ordnung genannten Gebühren und Entgelte beziehen.

⁴ Gem. § 19 Abs.5 S.4 NHG. Damit besteht für die Studierenden die Möglichkeit, den Studiengang ohne nachteilige Kostenfolge abzubrechen. Auch das Einbehalten einer Verwaltungspauschale für vergeblich erbrachte Leistungen (Sichtung von Bewerbungen, Auswahlgespräche etc.) ist hiernach unzulässig. Das „Abbruchrisiko“ trägt demnach die Uni.

⁵ <http://www.uni-oldenburg.de/studium/cman/dateien/l-I-Amt/RichtlinienHaertefaelle.pdf>

⁶ entsprechend § 59 LHO